

LEBENSBLDER

Umweltpolitische Positionen Hans Filbingers

Erik Lommatzsch

„Und wer im Besonderen die Verhältnisse in Baden-Württemberg unter die Lupe nimmt, wird einräumen müssen, daß hier schon frühzeitig und mit beachtlicher Tatkraft für den Umweltschutz gearbeitet worden ist. Die baden-württembergische Landespolitik hat die elementare Bedeutung des Umweltschutzes erkannt und hiernach gehandelt, längst ehe dieser Begriff geboren war. Sie kann heute auf einem breiten Fundament bereits erbrachter Leistungen ihre Anstrengungen fortsetzen und intensivieren.“¹

Diese Passage findet sich in einem Büchlein mit thesenhaften, nicht allzu stark ins Detail gehenden Ausführungen zu verschiedenen politischen Themen, welches vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger 1976 veröffentlicht wurde. Eindeutig ist die wahlkämpferische Absicht der Publikation, schließlich standen am 4. April 1976 Landtagswahlen an. In Erinnerung geblieben ist diese Wahl vor allem durch den CDU-Wahlspruch „Freiheit statt Sozialismus“. Hans Filbinger gelang es, nach 1972 abermals die absolute Mehrheit zu holen und mit 56,7 Prozent das vorherige Wahlergebnis für die Union noch zu steigern.

Auch wenn man in Veröffentlichungen, die Wahlkampfzwecken dienen, gern eigenlobende Worte aufnimmt, die wie die eingangs zitierten Sätze eher im Allgemeinen verbleiben, so ist doch der Bereich „Umweltschutz“ zurecht von Filbinger besonders hervorgehoben worden. Mit Fragen des Umweltschutzes bzw. der Umweltpolitik sah er sich in der Zeit seines Wirkens in der baden-württembergischen Landespolitik immer wieder konfrontiert, er nahm wiederholt ausdrücklich dazu Stellung. Bemerkenswert ist, dass sich das umweltpolitische Engagement Filbingers jedoch schon sehr frühzeitig nicht nur auf das Reagieren beschränkte, sondern dass seine Umweltpolitik durchaus programmatische Züge trägt.

I.

Kommt die Rede in der wissenschaftlichen Literatur und in der Publizistik auf Hans Filbinger (1913–2007), so konzentriert sich das Interesse an seiner Person fast ausschließlich auf die Diskussion um seine Tätigkeit als Marinerichter in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft, die darauf abgestellten Kam-

1 Hans Filbinger: Entscheidung zur Freiheit. Eine Auslese. Stuttgart 1976, S. 70.

pagnen gegen ihn sowie seinen Rücktritt vom Amt des baden-württembergischen Ministerpräsidenten am 7. August 1978.² Zudem beziehen selbst wissenschaftliche Darstellungen hier eindeutig Position für oder gegen Filbinger.³ Vergleichsweise wenig Beachtung hingegen findet sein landespolitisches Wirken.⁴ Dies erstaunt, denn allein schon durch eine zwanzigjährige Mitgliedschaft in der Landesregierung, davon zwölf Jahre als Ministerpräsident des Südweststaates, wirkte Filbinger prägend. 1958 war er ehrenamtlicher Staatsrat mit Stimmrecht in der Landesregierung geworden, zuständig für die Interessen Südbadens. 1960 berief ihn Kurt Georg Kiesinger zum Innenminister und schließlich folgte er 1966 Kiesinger als Ministerpräsident nach. Bei der Bevölkerung erfreute sich Filbinger sehr großer Popularität als „Landesvater“, was auch in den sich stets steigernden Landtagswahlergebnissen für die CDU Niederschlag fand. Eine Reihe von – durchaus teilweise sehr kontrovers diskutierten – Themen waren für die Landespolitik dieser Zeit prägend. Hans Filbingers Handschrift ist vielfach deutlich zu erkennen, wenn es etwa um die Bildungspolitik, die Behandlung der „Baden-Frage“, Verwaltungsreformen und Landesplanung geht. Eng mit dem letzteren Komplex ist der Bereich Umwelt bzw. Umweltschutz verbunden. Dieser wiederum ist untrennbar mit Fragen der Energiepolitik verflochten. Hier ließe sich wieder der Bogen zur allgemeinen Politik schlagen, war doch ein großer Teil der Energiepolitik in der Ära Filbinger Überlegungen zur Nutzung der Kernkraft und den entsprechenden Planungen gewidmet. Darüber gab es reichlich Auseinandersetzungen zwischen den Befürwortern auf Seiten der Regierung und den Kernkraftgegnern. Argumentationen und Aktionen beider Seiten verblieben nicht immer auf der einer Lösung – der Frage der Energieversorgung – dienenden Sachebene, genannt seien die Kämpfe um das schließlich nicht realisierte Kernkraftwerk Wyhl.⁵

-
- 2 Eine Gesamtdarstellung ist Ziel des Projekts „Hans Filbinger (1913–2007). Eine Biographie“, welches der Verfasser zurzeit an der Universität Augsburg am Lehrstuhl für Geschichte des europäisch-transatlantischen Kulturraums (Prof. Dr. Philipp Gassert) bearbeitet.
 - 3 Aus der Fülle der entsprechenden Publikationen seien stellvertretend erwähnt: Wolfram Wette (Hg.): *Filbinger – eine deutsche Karriere*. Springe 2006, mit anklagendem, zuweilen die Grenze der Sachlichkeit überschreitendem Charakter. Verteidigend, seinerzeit zu Unterstützung Filbingers verfasst: Bruno Heck (Hg.): *Hans Filbinger. Der „Fall“ und die Fakten. Eine historische und politologische Analyse* von Heinz Hürten, Wolfgang Jäger, Hugo Ott. Mainz 1980. Vgl. auch die Selbstdarstellung Filbingers: *Hans Filbinger: Die geschmähete Generation. Politische Erinnerungen*. 3. Aufl. Esslingen 1994.
 - 4 Zu Filbingers Wirken in der baden-württembergischen Landespolitik vgl.: Fred Ludwig Sepaintner: *Baden-Württemberg 1960 bis 1992*, in: Hansmartin Schwarzmaier/Meinrad Schaab: *Handbuch der baden-württembergischen Geschichte*. Viertes Band: *Die Länder seit 1918*. Stuttgart 2003, S. 591–895 sowie – mit Festschriftcharakter – Fred Ludwig Sepaintner (Hg.): *Hans Filbinger. Aus neun Jahrzehnten*. Karlsruhe 2003.
 - 5 Die politischen Auseinandersetzungen um die Kernkraftwerke sind nicht Gegenstand dieses Aufsatzes.

Die folgende Betrachtung soll sich auf das umweltpolitische Wirken Hans Filbingers beschränken. Dabei wird zunächst auf grundsätzliche umweltpolitische Probleme und Initiativen der 1960er und 1970er Jahre in Baden-Württemberg verwiesen. Durch verschiedene Stellungnahmen Filbingers aus diesem Politikbereich wird – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – sodann herausgearbeitet, inwiefern er sich umweltpolitisch exponierte und welche Schwerpunkte er setzte oder aufgriff. Besonderes Augenmerk ist vor allem auf die Frage zu richten, ob sich Kontinuitäten erkennen lassen oder ob sich Positionen im Laufe der Zeit verschoben oder sogar grundsätzlich verändert haben.

II.

Fielen die meisten Fragen des Umweltschutzes noch in das Ressort des Innenministers, als Hans Filbinger dieses Amt bekleidete, so wurden die Aufgaben unter seiner Ministerpräsidentenschaft neu geordnet.⁶ Bereits 1970 war zwecks Koordinierung ein „Interministerieller Ausschuß für Umweltschutz“ geschaffen worden. Waren bis 1972 insgesamt fünf Ministerien mit Aufgaben des Umweltschutzes befasst, so wurden diese nun in zwei Behörden zusammengefasst: Dem am 1. Oktober 1972 neu errichteten „Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt“ wurden die Bereiche biologisch-ökologischer Umweltschutz, Landespflege und landschaftsbezogenes Erholungswesen zugeteilt, ebenso Gewässerschutz und Abfallbeseitigung; für Fragen der Anwendung von Technik in Industrie und Haushalt sowie Strahlenschutz und Sicherheit der Kerntechnik war das „Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung“ zuständig. Diese Einteilung wurde in der Amtszeit Hans Filbingers als Ministerpräsident beibehalten. Ein eigenständiges Umweltministerium für das Land Baden-Württemberg gibt es erst seit dem 1. Juli 1987.

Die Errichtung einer ganzen Reihe von Einrichtungen, Koordinierungsgremien und Foren schloss sich an.⁷ So konstituierte sich beispielsweise am 8. Februar 1974 der „Landesbeirat für Umweltschutz“, kurz darauf wurde die Einrichtung einer „Zentralen Koordinierungsstelle für Umweltforschung“ beschlossen und seit dem 5. Juni 1974 gab es im „Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt“ eine „Zentrale Meldestelle für Umweltangelegenheiten“. Hier hatte die Bevölkerung die Möglichkeit, sich über konkrete Probleme der Umweltverschmutzung zu beschweren bzw. auf Missstände hinzuweisen. Des Weiteren entstand 1974 die „Landesanstalt für Umweltschutz“ in Karlsruhe. Verschiedene Institutionen wurden hier integriert, so etwa die „Landesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Immissions- und Strah-

6 Das Folgende in enger Anlehnung an Sepaintner: Baden-Württemberg 1960 bis 1992, S. 772.

7 Das Folgende ebd., S. 772f.

lenschutz“, Karlsruhe, die „Landesstelle für Gewässerkunde und wasserwirtschaftliche Planung“, Karlsruhe, die „Landesstelle für Naturschutz und Landschaftspflege“, Ludwigsburg und das „Staatliche Institut für Seenforschung und Seenbewirtschaftung“, Langenargen/Konstanz.

Als Geburtsjahr der programmatischen Umweltpolitik in Deutschland wird im Allgemeinen das Jahr 1969 betrachtet, mit der Anerkennung des Umweltschutzes als eigenständiger Aufgabe des Staates und der Zuweisung der entsprechenden Aufgaben an den Bundesinnenminister. Das erste Sofortprogramm zum Umweltschutz auf gesamtstaatlicher Ebene in der Bundesrepublik wurde 1970 verabschiedet, das erste Umweltprogramm am 29. September 1971. Insgesamt spiegelt sich die Tendenz des Bewusstwerdens der Umweltproblematik auch in Veröffentlichungen wie der Studie „Die Grenzen des Wachstums“ des „Club of Rome“ von 1972 oder des Buches „Ein Planet wird geplündert“ des damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten und späteren „Grünen“-Mitbegründers Herbert Gruhl aus dem Jahre 1975.⁸

Mit Fug und Recht können sich die Baden-Württemberger als Vorreiter in puncto Umweltpolitik betrachten. Kurt Georg Kiesinger, Ministerpräsident von 1958 bis 1966, kann für sich in Anspruch nehmen, das Thema Natur- und Umweltschutz (wieder-) entdeckt zu haben und er war „zeitlebens stolz darauf, den ‚Umweltschutz‘ als einer der ersten ins Bewußtsein gerückt zu haben. [...] In den 1960er Jahren wuchs eine solche Gesinnung noch überwiegend aus einer wertkonservativen Grundhaltung heraus.“ Kiesingers große umweltpolitische (Nicht-)Tat war „die partielle Verhinderung eines Modernisierungsprojekts, [...] das so recht nach dem Geschmack der technokratischen Gipfelstürmer der 1960er Jahre gewesen sein muß: Der geplante Ausbau des Hochrheins von Basel bis zum Bodensee.“⁹ Obwohl dem Projekt weitgehende wirtschaftliche Rentabilität bescheinigt wurde, was unter anderem aus einer Prüfung von Innenminister Filbinger vom Juni 1962 hervorging¹⁰, setzte sich hier Kiesingers „landschaftsschützerische Konzeption [...] gegen ein aus struktur- und integrationspolitischen Gründen naheliegendes Projekt durch“.¹¹

Inwieweit Filbinger von Kiesinger, unter dem er von 1960 bis 1966 als baden-württembergischer Innenminister wirkte, bezüglich des Umweltschutzes bzw. der entsprechenden Prioritätensetzungen beeinflusst war, sei dahinge-

8 Ebd., S. 771f. Zu Gruhl vgl. Daniel Hildebrand: Herbert Gruhl und die ökologische Protestbewegung, in: Historisch-Politische Mitteilungen 10 (2003), S. 325–332.

9 Philipp Gassert: Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. München 2006, S. 407–413, die Zitate S. 410 und S. 407.

10 Ebd., S. 408.

11 Ebd., S. 411f. Gassert stellt allerdings fest, dass in Kiesinger mitnichten ein Vorläufer der „Grünen“ zu sehen sei. Aufgewogen würde sein Engagement um den Erhalt der natürlichen Bodenseelandschaft durch den Ausbau des Straßen- und Autobahnsystems, ebd., S. 408.

stellt. Fest steht, dass Filbinger bereits aus den 1950er Jahren Umweltprobleme „geerbt“ hatte. Große Bedeutung kam der Reinhaltung bzw. der Beseitigung des Abwassers zu.¹² Ein Problemschwerpunkt der 1960er Jahre war der Bodensee.¹³ Verschmutzung, vor allem die Zufuhr düngender Stoffe, führte zur Gefahr eines „Umkippens“ des Sees, d. h. aufgrund von Sauerstoffmangel wurde der Nährstoff Phosphat nicht mehr gebunden und auf dem Seegrund abgelegt, sondern verblieb als Nährstoff gelöst im Wasser. Damit beschleunigte sich das Algenwachstum exorbitant, die Biomasse sank auf den Seegrund und zehrte den im Wasser gelösten Sauerstoff fast gänzlich auf, was wiederum zur Phosphatfreisetzung führte.

Erfolgreich wurde eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die fortschreitende Eutrophierung des Sees zu stoppen und das Ganze wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Einen Maßnahmenkatalog enthält eine im baden-württembergischen Innenministerium unter Filbinger erstellte Denkschrift aus dem Jahr 1962, der ausführlich die Notwendigkeit des Ausbaus der Kanalisationsnetze und die Anlage von Sammelkläranlagen begründet.¹⁴ Im Ergebnis war die Befürchtung, der See könne umkippen, dank der durchgeführten Maßnahmen bereits im Jahre 1973 gegenstandslos geworden.¹⁵

Ein spezieller, wiederum eng mit dem Bodensee verknüpfter umweltrelevanter Komplex, der von etwa 1960 bis 1967 auf Baden-Württemberg lastete, war die Trassenführung der geplanten Ölpipeline der italienischen Firma ENI von Genua nach Ingolstadt. Nach der ursprünglichen Planung hätte die Pipeline den Bodensee nicht tangiert, jedoch wurde ab Sommer 1960 das Verlaufskonzept so geändert, dass „jeder Ölaustritt zwischen dem Spülgenpass und der Baden-Württembergisch-Bayerischen Grenze bei Neuravensburg eine Verunreinigung des Bodensees herbeiführen könnte.“¹⁶ Wenig begeistert von der neuen Trassenführung bemühte sich Innenminister Filbinger noch 1964 um eine Änderung. Aufgrund bereits geschlossener Verträge und begonnener Arbeiten waren diesem Vorhaben keine Erfolgsaussichten beschieden. Daraufhin wurde die Strategie umgestellt: Die Abschnitte, die innerhalb des Landes Baden-Württemberg liegen sollten, wurden genehmigt. Somit sicherte sich das

12 Vgl. Ausarbeitung Sepaintner, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 01-688-214/4.

13 Vgl. dazu Sepaintner: Baden-Württemberg 1960 bis 1992, S. 774–776; Fred Ludwig Sepaintner: Die Lebensgeschichte, in: Ders. (Hg.): Aus neun Jahrzehnten, S. 21–68, hier S. 39–42; Ausarbeitung Sepaintner, in: ACDP 01-688-214/4.

14 Die Reinhaltung des Bodensees. Teil 2 der von der Landesregierung dem baden-württembergischen Landtag vorgelegten Denkschrift über den Ausbau des Hochrheins zur Großschiffahrtsstraße und die Reinhaltung des Bodensees, bearb. v. Innenministerium Baden-Württemberg Oktober 1962. Maßnahmenkatalog S. 14–18.

15 Sepaintner: Lebensgeschichte, S. 42.

16 Manfred Bulling: Die Wasserwirtschaft in Baden-Württemberg, 1969, zitiert nach Sepaintner: Lebensgeschichte, S. 42.

Land wenigstens Mitspracherechte. Im Falle einer Verweigerung wäre die Trasse allein durch bayerisches Gebiet geführt worden. Somit war es möglich, sich von baden-württembergischer Seite für eine weitere Erhöhung der Sicherheitsstandards stark zu machen.¹⁷

Einen weiteren großen Bereich innerhalb der Thematik Umweltschutz seit Mitte der 1960er Jahre stellte die Problematik der Müllentsorgung dar. Ursprünglich verfügte fast jede Gemeinde über eine eigene Müllkippe. Innerhalb eines Jahrzehnts wurde dieses System aufgelöst und durch die geordnete Ablagerung auf Deponien, Kompostierung oder Verbrennung ersetzt, seit Ende der 1970er Jahre ging die Tendenz in Richtung Wiederverwertung.¹⁸

In den 1970er Jahren gesellte sich aus dem Bereich der Energiepolitik die Diskussion um die Kernkraft hinzu, nach damaliger Regierungsauffassung eine äußerst umweltfreundliche, emissionslose Energiequelle. Auch Kiesinger hatte das bereits so gesehen.¹⁹

Nach diesen Schlaglichtern auf grundsätzliche Linien und herausragende Themenkomplexe der Umweltpolitik in Baden-Württemberg der 1960er und 1970er Jahre, die Filbinger verantwortet bzw. mitverantwortet hat, soll nun anhand von Positionierungen zu konkreten Problemen eine Annäherung an Filbingers persönliche Vorstellungen und Schwerpunktsetzungen erfolgen.

III.

Bereits im Oktober 1962 konnte Innenminister Filbinger eine Presse-Schlagzeile für sich verbuchen, wonach er mit Betriebsschließungen gedroht habe, wenn einzelne Betriebe sich hartnäckig weigern sollten, ihren gesetzlichen Pflichten nachzukommen, Abwässer nur geklärt in Flüsse und Seen einzuleiten.²⁰

In der Regierungserklärung vom 16. September 1970 verwies Ministerpräsident Filbinger darauf, dass man den Umweltschutz, der in den modernen Industriestaaten „in jüngster Zeit [...] die besondere Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit“ gefunden habe, in Baden-Württemberg nicht gerade erst entdeckt worden sei, sondern bereits seit Beginn der 1960er Jahre besonders im Bereich des Gewässerschutzes große Anstrengungen unternommen worden seien.²¹

17 Vgl. dazu Sepaintner: Baden-Württemberg 1960 bis 1992, S. 776–781, hier sind auch ausführlich die parlamentarischen Auseinandersetzungen dargestellt; Sepaintner: Lebensgeschichte, S. 42f.; Ausarbeitung Sepaintner, in: ACDP 01-688-214/4.

18 Sepaintner: Baden-Württemberg 1960 bis 1992, S. 782–784.

19 Gassert: Kiesinger, S. 410.

20 Filbinger droht mit dem ‚scharfen Schwert‘. Betriebe werden geschlossen, wenn sie ihre Abwässer nicht klären, in: Badische Neueste Nachrichten, 17. Oktober 1962.

21 Regierungserklärung, abgegeben vor dem Landtag von Baden-Württemberg am 16. September 1970 von Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger.

Dass der Bodensee auch nach dem Abwenden der unmittelbaren Gefahr des „Umkippens“ einen Schwerpunkt bildete, ist daran erkennbar, dass zur besseren Gewährleistung des Umweltschutzes die „Bodenseekonferenz“ etabliert wurde, die seit 1979 als „Internationale Bodenseekonferenz“ organisiert ist.²² Die erste Bodenseekonferenz, einberufen durch Hans Filbinger, fand am 14. Januar 1972 in Konstanz statt. Politiker, Beamte und Medienvertreter aus Deutschland, Österreich sowie der Schweiz waren dazu geladen. In seiner Rede²³ umriss Filbinger, wenn auch im Allgemeinen verbleibend, die Vorstellungen, die er mit dieser Initiative verband. Besonders wichtig war es ihm – möglicherweise noch unter dem Eindruck der zunächst nicht allzu guten Abstimmung zwischen den Bodenseeanrainern in der Diskussion um die Führung der ENI-Öltrasse – hier gemeinsame Wege zu suchen, um „die Zusammenarbeit bei der Planung und beim Schutz unserer Umwelt am Bodensee verbessern“ zu können. Bewusst vermied er es, gleich zu Anfang Vorschläge über engere Organisationsformen zu machen. „Planung und Umweltschutz sind Aufgaben, die sich nicht aus einer engen lokalen oder nationalen Perspektive erfüllen lassen; sie fordern vielmehr den Blick auf den ganzen Lebens- und Landschaftsraum.“ Filbinger sah – durchaus berechtigt – eine neue Etappe der Regionalplanung. Die Gefahren für die Umwelt seien umfassender zu sehen, „Gewässerschutz, Trinkwasserversorgung, die Bekämpfung von Lärm und Luftverschmutzung sind nicht mehr lediglich fachbezogene und fachbegrenzte Aufgaben, sondern Aspekte, die den Blick auf eine insgesamt problematische und gefährdete, sich immer schneller verändernde Lebensumwelt freigeben.“ Wiederum verwies er darauf, dass die staatlichen Grenzen zumeist nicht mit den Lebensräumen und schon gar nicht mit den Landschaftsräumen identisch seien, für die es zu planen gelte. Ein besonderes Anliegen war Filbinger die Forderung, ein Forum für „Kommunalpolitiker rund um den Bodensee“ zu schaffen. Immer wieder kam er darauf zurück, dass sich die Bodenseekonferenz als Plattform, als Ort des Austausches etablieren sollte, mit möglichst großer Offenheit gegenüber allen, die sich mit ihrem Anliegen einzubringen gedachten. Knapp drei Jahre später, am 22. November 1974 fand die zweite Bodenseekonferenz statt, wobei schon auf erste Erfolge verwiesen werden konnte.²⁴

22 Vgl. www.bodenseekonferenz.org (Abruf: 27. Juni 2012). Zu den Gründungsmitgliedern Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, St. Gallen, Thurgau und Schaffhausen stießen später Appenzell Innerrhoden, Appenzell Außerrhoden, Zürich und Liechtenstein.

23 Entwurf einer Rede des Herrn Ministerpräsidenten bei der Bodenseekonferenz am 14. Januar 1972 in Konstanz, in: ACDP 01-688-028/2. Vgl. auch: Filbingers Initiative erfolgreich. Ständige Bodenseekonferenz gebildet. Auch Vertreter der Schweiz und Österreichs sicherten volle Unterstützung zu, in: Schwarzwälder Bote, 25. Januar 1972.

24 Vgl. beispielsweise Max Streibl: Internationale Aufgabe: Umweltschutz am Bodensee. Eine Konferenz sucht neue Wege, in: Bayernkurier, 23. November 1974. Streibl, zu dieser

Anlässlich der Erklärung des ca. 15.000 ha umfassenden Kerngebietes des Schönbuchs zum ersten Naturpark in Baden-Württemberg hielt Hans Filbinger am 27. März 1972 eine Ansprache²⁵, die wiederum grundsätzliche Vorstellungen seines Verständnisses von Umwelt- bzw. Umweltschutzpolitik aufzeigt. Er wollte die Etablierung des Naturparks „als wichtigen Schritt in der Umweltschutzpolitik des Landes“ begriffen wissen. Zu Recht verwies er darauf, dass der Begriff „Umweltschutz“, der nun zu einem beherrschenden Thema der öffentlichen Diskussion geworden sei, zwei Jahre zuvor noch nahezu unbekannt gewesen wäre. Gefährdet sei die Umwelt durch Bevölkerungszunahme und Industrialisierung, daraus resultierten Luftverschmutzung und verschmutzte Flüsse, Lärmbelästigungen und eine steigende Beanspruchung der Landschaft. Drauf folgt das – nicht unbegründete – Eigenlob des baden-württembergischen Ministerpräsidenten: „Die Landesregierung hat die Problematik des Umweltschutzes erkannt, längst bevor dieser Begriff geboren war.“ Belegen konnte er die Aussage: So habe das Land Baden-Württemberg beispielsweise seit 1952 880 Mio. DM Zuschüsse für Kläranlagen aufgebracht, im Mittelpunkt der Wassereinhaltsmaßnahme habe der Bodensee gestanden. Zwischen 1960 und 1970 seien 48 Naturschutz- und 325 Landschaftsschutzgebiete neu ausgewiesen worden und bereits 1964 habe Baden-Württemberg als erstes Bundesland ein Immissionsschutzgesetz erlassen. Weiterhin verwies er auf den im Juli 1971 verabschiedeten Umweltschutzbericht der Landesregierung sowie „das jüngste Kind des Landes auf dem Gebiete des Umweltschutzes“, das vom Landtag soeben verabschiedete Abfallgesetz. Filbinger lenkte allerdings auch den Blick auf das Erholungsbedürfnis der Menschen und die Notwendigkeit, entsprechende Naherholungsmöglichkeiten zu bieten. Im Schönbuch seien schon mehr Erholungsmöglichkeiten geschaffen als in jedem anderen Erholungsgebiet der Bundesrepublik. Zum Schluss verwies er darauf, dass mit der Erklärung zum Naturpark die Diskussion, ob der Schönbuch gegebenenfalls Standort eines neuen Flughafens werden solle, nun endgültig erledigt sei.

Wenige Monate später fand in Stuttgart die Umweltschutzausstellung „Umwelt 72“ statt, welche Hans Filbinger am 30. September 1972 mit einer Grußansprache eröffnete.²⁶ Wiederum konnte er ein Novum in der Bundesrepublik verkünden, die Ausstellung wurde betrachtet als „der erste großangelegte Versuch einer umfassenden Information über Probleme und Lösungsmöglichkeiten des Umweltschutzes. [...] Eine Chance, einmal mehr das öffentliche

Zeit Bayerischer Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen, betont in diesem Artikel natürlich eher den Beitrag seines Landes zum Bodenseeschutz.

25 Ansprache von Ministerpräsident Dr. Filbinger bei der Feier anlässlich der Erklärung des Schönbuchs zum Naturpark vor Vertretern des öffentlichen Lebens und der Presse im Schloß Bebenhausen am 27. März 1972, in: ACDP 01-688-030/2.

26 Entwurf einer Grußansprache des Herrn Ministerpräsidenten bei der Eröffnung der Ausstellung „Umwelt 72“ in Stuttgart am 30.6.1972, in: ACDP 01-688-030/2.

Bewußtsein wachzurütteln und zu zeigen, daß Umweltschutz weder Spleen noch Schau, sondern eine Existenzfrage für uns alle ist.“ Natürlich hob er auch gern wieder hervor, dass in Baden-Württemberg „der Umweltschutz schon immer großgeschrieben wurde“. Filbinger verwies auf die Notwendigkeit „eines Umdenkungsprozesses auf breiter Front – auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene.“ Auf internationaler Ebene habe das Ganze schon Ausdruck gefunden mit der UNO-Konferenz über die menschliche Umwelt in Stockholm. „Daß der Umweltschutz eine der vordringlichsten [sic] politischen Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft ist, wird heute wohl von niemand mehr bestritten.“ Diesbezüglicher Nachlässigkeit in der Vergangenheit war er sich sehr wohl bewusst: „Selbstverständlich ist es unmöglich, in Jahrzehnten Versäumtes oder nicht Getanes in wenigen Jahren nachzuholen. Aber wir sollten aus diesen Versäumnissen auch Konsequenzen für die Zukunft ziehen. Wir müssen vermeiden, daß der Umweltschutz weiterhin der Entwicklung stets nur nachhinkt.“

Filbinger stellte sich in dieser Rede auch gegen Behauptungen, staatlicherseits sei bisher viel zu wenig getan worden: „Dieser Behauptung müssen wir entgegentreten. Der Begriff Umweltschutz ist zwar neu, die mit diesem Begriff zusammengefassten Aufgaben werden jedoch von den zuständigen Behörden seit eh und je wahrgenommen.“ Es folgte die Aufzählung einer Reihe von Beispielen – von denen viele auch bereits in der Rede zur Erklärung des Schönbuchs zum Naturpark enthalten waren. Pathetische Schlussworte eines Politikers anlässlich der Eröffnung einer Umweltausstellung sind sicher nicht überraschend, allerdings sollte man sich vor Augen halten, dass es sich um den CDU-Ministerpräsidenten Hans Filbinger im Jahre 1972 handelte, der ausführte: „Schutz und Erhaltung des Lebens und der dafür notwendigen Grundlagen sind uns allen als verpflichtende Aufgabe aufgegeben. Die Menschheit schickt sich an, die Grundlagen ihres eigenen Lebens zu zerstören. Dieser ungeheuren Herausforderung müssen wir uns mit den Mitteln des Geistes und des Verstandes, mit zielstrebigener Energie, aber auch mit persönlicher Opferbereitschaft stellen, damit wir auch morgen leben können.“

Das Jahr 1973 wurde zum „Jahr des aktiven Umweltschutzes“ ausgerufen. Dem Umweltschutz wurde im Rahmen der gesamten Landespolitik Baden-Württembergs hohe Priorität eingeräumt, auf der Grundlage eines eigens erstellten Sofortprogramms.²⁷ In seiner Ansprache am 17. Januar 1973²⁸ nahm Hans Filbinger erneut die Gelegenheit wahr, seine Positionen zu verdeutlichen. Abermals betonte er die Notwendigkeit der Erholungsräume in der Nähe von

27 Vgl. dazu Sepaintner: Baden-Württemberg 1960 bis 1992, S. 781. Hier findet sich auch eine Auflistung der im Einzelnen vorgesehenen Maßnahmen.

28 Ansprache von Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger zum Jahr des Aktiven Umweltschutzes 1973 am 17. Januar 1973 auf der Burg Hohenneuffen, in: ACDP 01-688-032.

Ballungsgebieten – für ihn war dies ein wichtiger Teil des Umweltschutzes, der seiner Meinung nach immer mehr an Bedeutung gewinnen würde. Allerdings warnte er auch vor Übertreibungen bezüglich einer bevorstehenden Katastrophe, etwa im Hinblick auf Veröffentlichungen wie „Der Dreck, in dem wir leben“²⁹ oder „Das Selbstmordprogramm“³⁰. Man meint hier deutlich den Konservativen zu erkennen, der vor kontraproduktiven Weltuntergangspropheetien warnt und den Blick auf das Notwendige und Machbare lenkt. Beschönigt wird allerdings nichts. Eingriffe in die und Beschädigung der Natur seien nicht neu. „Neu ist nur ihre Intensität. Wir haben in den letzten 200 Jahren die Erde stärker zerstört als zuvor in der gesamten Menschheitsgeschichte. Wir haben in diesem Zeitraum einen großen Teil der natürlichen Rohstoffe verbraucht, die sich während Hunderten von Millionen Jahren auf unserem Planeten gebildet hatten. Diesem Prozeß wohnt offensichtlich beschleunigende Kraft inne. Dem muß die Politik in Zukunft mehr als bisher Rechnung tragen.“

Vehement wandte sich Hans Filbinger gegen eine Ideologisierung des Umweltschutzes, gegen diejenigen, die die Umweltzerstörung als eine notwendige Folge des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems betrachteten. Mit einem detaillierten Verweis auf die Umweltprobleme der sozialistischen Planwirtschaftsstaaten ließ sich dieser Vorwurf leicht widerlegen. Zurückgewiesen wurde von Filbinger aber auch der Appell des „Club of Rome“. „Die Grenzen des Wachstums“ seien „hochinteressant, jedoch sind ihre Schlußfolgerungen nicht zwingend. Einmal dürften die Berechnungen auf unzureichendem Datenmaterial aufbauen. Zum anderen werden die technischen Möglichkeiten zur Bekämpfung der Umweltgefahren wohl unterbewertet. Schließlich dürfte die Studie auch nicht ausreichend berücksichtigen, daß der Mensch in der Lage ist, sein Denken und Verhalten veränderten Situationen anzupassen. [...] Die Forderung, das Wachstum radikal einzuschränken oder gar zu stoppen, ist aber Utopie. Wir haben andererseits niemals dem Wachstum um jeden Preis das Wort geredet. Wir wollen kein maximales, sondern ein optimales Wachstum.“ Filbinger machte sich des Weiteren für die Einführung des Verursacherprinzips stark, wonach der Verursacher für die Beseitigung entstandener Schäden aufkommen müsse – ein Problem, welches sich akut bei der Abwasserbeseitigung stellte. Als Grundprinzip betonte er, dass der Umweltschutz sich nicht nur zentral steuern ließe. Schließlich appellierte er an das Bewusstsein jedes Einzelnen: „Die Anschaffung eines geräuschlosen Rasenmähers bedeutet weniger Lärmbelästigung, die Rückkehr zu Omas Einkaufsnetz weniger Verpackungsmüll.“ Allerdings schloss er optimistisch: „Nunmehr

29 Wilfried Scharnagl: *Der Dreck, in dem wir leben oder Ein Nachruf auf unsere Umwelt*. München 1971.

30 Gordon Rattray Taylor: *Das Selbstmordprogramm. Zukunft oder Untergang der Menschheit*. Frankfurt/Main 1971.

bedroht der Mensch die Umwelt [...] durch seine eigenen Erfindungen und Leistungen. Er ist dabei zu erkennen, daß diese Gefahr zu einer Existenzfrage werden kann. Der Mensch wird, weil ihm gar keine andere Wahl bleibt, auch die Folgerungen aus dieser Erkenntnis ziehen und die Maßnahmen ergreifen, die erforderlich sind, um einer Zerstörung der Umwelt wirkungsvoll zu begegnen.“

Eher bilanzierenden Charakter trugen die Ausführungen Hans Filbingers zum „Tag der Umwelt“ am 5. Juni 1973.³¹ Als erfreulich bezeichnete er die Zusammenarbeit mit Österreich und der Schweiz bezüglich des „Sorgenkindes“ Bodensee und unterstrich noch einmal, dass dessen Reinhaltung eine Existenzfrage sei. Allerdings beklagte er die weniger erfolgreiche Zusammenarbeit in der „Internationalen Kommission zum Schutze des Rheins“ sowie die Schwierigkeiten bei der Planung von Kernkraftwerken am Oberrhein. Wiederholt betonte er die Notwendigkeit der Schärfung des kritischen Bewusstseins jedes Einzelnen und er machte sich für eine verfassungsrechtliche Verankerung eines Umweltgrundrechts stark. Weiterhin propagierte er den – bereits im Folgejahr realisierten – „Landesbeirat für Umweltschutz“. Und er sprach sich noch einmal dafür aus, das Verursacherprinzip stärker zur Geltung zu bringen. Auch die Einführung einer Umweltsteuer – die in die Zuständigkeit des Bundes fallen würde – wollte er ernsthaft erwogen wissen. Bezüglich der Problematik des Wachstums verwies er auf seine Ansprache zum „Jahr des Aktiven Umweltschutzes“ im Januar. Wachstum wollte er positiv betrachtet wissen, aber: „Ich bekräftige hier erneut die Entschlossenheit meiner Regierung, dem ungezügelter Wachstum entgegenzutreten. Nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität des Wachstums unserer Wirtschaft kommt es an.“ Die Rede beschloss Filbinger mit einem – nicht ganz stilblütenfreien – Aufruf zum Zusammenwirken: „Wenn der heutige internationale Umwelttag das Bewußtsein, daß wir auf der ganzen Erde in einem Boot sitzen, gestärkt hat, so sind wir unserem gemeinsamen Endziel, das Leben auf unserem Globus lebenswert zu erhalten, einen Schritt näher gekommen.“

In seiner Ansprache bei der Konstituierung des „Landesbeirats für Umweltschutz“ am 8. Februar 1974³² kündigte er an: „Der Kampf um die Erhaltung einer gesunden Umwelt wird von uns allen noch große Opfer verlangen“. Al-

31 Entwurf einer Ansprache des Herrn Ministerpräsidenten zum „Tag der Umwelt“ am 5. Juni 1973 in Mannheim, in: ACDP 01-688-034/2. Vgl. auch: Filbinger: Bodensee-Schutz vorrangig. Entscheidung über Bodensee-Neckar-Stollen nicht mehr in diesem Jahr, in: Stuttgarter Zeitung, 6. Juni 1973; Filbinger fordert spezielle Umweltsteuer. Programmatische Rede des Stuttgarter Regierungschefs zum „Tag der Umwelt“, in: Süddeutsche Zeitung, 6. Juni 1973.

32 Entwurf einer Ansprache des Herrn Ministerpräsidenten anlässlich der konstituierenden Sitzung eines Landesbeirats für Umweltschutz am 8. Februar 1974 im Neuen Schloß, in: ACDP 01-688-036/2.

lerdings wandte er sich auch gleich wieder gegen jegliche Untergangsprophe- tie und zeigte demonstrativ Optimismus: „Ich bin zuversichtlich, daß wir mit unseren Umweltproblemen auch in Zukunft fertig werden. Die Technik wird langfristig angesichts der drohenden Verknappung einzelner Rohstoffe Alternativen entwickeln und uns im Kampf gegen die Umweltverschmutzung neue und bessere Waffen in die Hand geben.“ An der Spitze der speziellen Aufga- ben, die er nannte, stand wieder der Bodensee. Dann verwies er bilanzierend auch darauf, dass man von den im Vorjahr angekündigten Maßnahmen die Schließung von über 1000 Müllkippen realisiert und stattdessen mehrere Großdeponien in Betrieb genommen habe.

In seiner Regierungserklärung vom 28. November 1974³³ führte er aus, dass in der Arbeit der Landesregierung der aktive Schutz der Umwelt ein Schwer- punkt sei. „Wir haben unsere Umweltpolitik geordnet und in ein System ge- bracht. Im Anschluß an das Sofortprogramm für die dringlichsten Maßnahmen haben wir mit dem mittelfristigen Umweltprogramm eine Gesamtkonzeption entwickelt.“ Die Reinhaltung des Bodensees und der Abfallbeseitigungsplan wurden abermals explizit benannt.³⁴

In seiner Rede am Vorabend des CDU-Kommunalparteitages in Mannheim am 14. Februar 1975³⁵ unterstrich er zunächst wiederum die Leistungen: „Wir wissen, daß Umweltschutz ein dorniges und unglaublich mühseliges Geschäft ist. Aber immer deutlicher zeigt sich, daß harte und konsequente Arbeit sich schließlich doch auszahlt. Niemand kann bestreiten, daß wir den Bodensee wieder saubergemacht haben. Niemand kann bestreiten, daß wir gegenüber der Mineralölindustrie Auflagen zur Luftreinhaltung durchgesetzt haben, die rich- tungsweisend sind.“

Pragmatischen Optimismus strahlte Filbinger bei seinen umweltpolitischen Stellungnahmen fast immer aus. So etwa, wenn er bei einer Rede anlässlich eines Gesprächs mit der „Aktionsgemeinschaft Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg e. V.“ am 4. Mai 1977³⁶ hervorhob: „Die Ansprüche des mo-

33 Regierungserklärung, abgegeben von Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger vor dem Land- tag von Baden-Württemberg am 28. November 1974.

34 Unwiderrprochen blieb die Erfolgsgeschichte vom erfolgreichen Wirken am Bodensee nicht. Albert-Maria Drexler sprach in seiner Dissertation (Umweltpolitik am Bodensee Baden-Württemberg. Regionalpolitik, Gewässerschutz, Verkehrsplanung, Landschafts- pflege und Naturschutz. Konstanz 1980) von Konzeptionslosigkeit. Vgl. dazu: Eine Dok- torarbeit über den Bodensee vergällt dem Minister die Urlaubsfreuden, in: Die Welt, 11. August 1980.

35 Entwurf einer Rede des Herrn Ministerpräsidenten für den Vorabend des Kommunal-Par- teitages in Mannheim am 14. Februar 1974 „CDU – Politik für Baden-Württemberg“, in: ACDP 01-688-049/1.

36 Redeskizze des Herrn Ministerpräsidenten anlässlich des Gesprächs der Landesregierung mit der Aktionsgemeinschaft Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg e. V. am 4. Mai 1977 in der Villa Reitzenstein, in: ACDP 01-688-044/2.

dernen Lebens bedrohen die Natur und Landschaft. Manchem erscheinen diese Probleme unlösbar. Sie malen das Schreckensgemälde vom nahen Untergang an die Wand und glauben, das Rad der Geschichte zurückdrehen und zu einem romantisch verklärten Naturzustand zurückkehren zu müssen. Ich glaube nicht, daß uns dies weiterhilft. Vielmehr vertraue ich der Vernunft und der Erfindungskraft des Menschen und somit darauf, daß wir die Probleme der technischen Zivilisation grundsätzlich bewältigen können.“ Angekündigt wurde auch ein weiteres mittelfristiges Umweltschutzprogramm für die Jahre 1977 bis 1980.

In vielen anderen Reden benannte Filbinger das Problem der knappen Rohstoffe, zeigte sich aber überzeugt davon, dass hier eine Lösung gefunden werde. Was ihm dabei vorschwebte, machte er auch deutlich. Zum eng mit der Umweltpolitik zusammenhängenden Bereich der Energiepolitik führte er beispielsweise aus: „Aber Umweltschutz kann nicht heißen, daß nicht mehr gehandelt wird, wo im Interesse des Gesamtwohls gehandelt werden muß. In der Energiepolitik heißt das Gebot der Stunde nicht, zögern und Zeit gewinnen, sondern jetzt entscheiden, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Denn die sichere Energieversorgung von morgen ist der wichtigste Beitrag für die Sicherung der Arbeitsplätze von übermorgen. Deshalb müssen und werden wir auch in diesem Lande Kernkraftwerke bauen.“

Wiederholt sprach sich Filbinger für die Kernenergie aus. So zum Beispiel am 9. Mai 1977 auf dem „Energiepolitischen Forum“ der Landesregierung.³⁷ Allerdings zeigte er hier deutlich, dass er sich des Gegenwindes sowie der Gefahren durchaus bewusst war. Zu seiner expliziten Aussage – der Bejahung der Kernenergie – kam er erst nach längeren Ausführungen. Immer wieder stützte er seine Argumentation auf Vergleiche, etwa: „Bisher haben, soweit ich sehe, alle zivilisierten Staaten sich zur Kernenergie als einer notwendigen Energiequelle bekannt, und die Staaten mit dem entsprechenden know-how haben Kernkraftwerke gebaut und wollen auch weitere bauen.“ Bezüglich der Risiken hieß es, dass „wir gefährliche Stoffe oder Verfahren erst dann und nur insoweit nutzen dürfen, als die aus ihnen sich ergebenden Gefahren bis zu einem solchen Grade beherrscht werden können, daß das verbleibende Restrisiko vernachlässigt werden kann“. Dennoch war das Bekenntnis eindeutig. Seine Position wiederholte Hans Filbinger unter anderem beim „Energiepolitischen Kongreß“ der CDU am 27. August 1977³⁸: „Unser ‚Ja‘ zur Kernenergie hat uns nie davon abgehalten, unseren Standpunkt kritisch zu überprüfen und neue Erkenntnisse zu suchen [...] Natürlich werden die Gegner der Kernkraft

37 [Rede auf dem] Energiepolitische[n] Forum der Landesregierung zusammen m. d. Uni St[utt]g[ar]t 9. Mai 1977, 14.30 Uhr, in: ACDP 01-688-044/2.

38 Rede des Herrn Ministerpräsidenten beim Energiepolitischen Kongreß der CDU Baden-Württemberg am 27. August 1977 in Ettlingenweiher, in: ACDP 01-688-045/2.

nicht ruhen [...] wir werden auch weiterhin dem Druck standhalten und nicht aus opportunistischen Gründen den richtigen Weg verlassen!“

In einer Begrüßungsansprache zum CDU-Kongress „Energie und Umwelt“ am 10. Oktober 1977³⁹ trug Filbinger abermals seine verfestigten Positionen vor: Er bejahte die Kernkraft, allerdings wiederum deutlich im Bewusstsein darum, wie umstritten das Thema war: „Mit dieser Frage befassen wir uns nicht erst seit heute. So hat beispielsweise die CDU von Baden-Württemberg auf einem Landesparteitag schon im November 1974 zur Kernenergie ein eindeutiges ‚Ja‘ gesagt. [...] Das heißt nicht, wir hätten die Sorgen der Bevölkerung nicht ernst genommen. Niemand hat mehr Verständnis für die Ängste und Nöte unserer Bevölkerung als wir – niemand hat mit größerer Sorgfalt die Sicherheitsfragen geprüft!“ Wie stark damals seitens der Befürworter die Unbedenklichkeit – anderthalb Jahre vor der Havarie im Kernkraftwerk Three Mile Island bei Harrisburg – eingeschätzt wurde, zeigt, dass Filbinger folgende Passage in seine Rede aufnahm: „So hat die Internationale Atomenergie-Agentur in Wien in ihrem jüngsten Jahresbericht Ende September diesen Jahres festgestellt, daß es seit der Inbetriebnahme des ersten Kernkraftwerkes vor mehr als 20 Jahren in keinem Werk auf der ganzen Welt einen von der nuklearen Seite verursachten tödlichen oder auch nur ernststen Unfall gegeben hat.“ Und noch einmal ganz klar: „[...] gerade weil wir alle sinnvoll nutzbaren Energieresourcen heranziehen [...], wissen wir: Ohne die Nutzung der Kernenergie kann unsere Energieversorgung in der Zukunft nicht sichergestellt werden.“ Am 9. Dezember 1977 verteidigte Filbinger im Landtag⁴⁰ noch einmal die Bedeutung der Atomkraftwerke.

Dass Hans Filbinger nicht lediglich der politischen und zeitgeistgebundenen Notwendigkeit gehorchend zu Umwelt(schutz)themen immer wieder Stellung bezog, dass ihm diese Problematik ein echtes Anliegen war, zeigt, dass auch das von ihm 1979 begründete und bis 1997 geleitete „Studienzentrum Weikersheim“ sich dieses Komplexes wiederholt annahm.⁴¹ Im Herbst 1980 widmete sich ein Kongress der Frage: „Ist unsere Umwelt noch zu retten?“⁴²

Neuen Wegen und Entwicklungen in der Energiegewinnung stand er sehr aufgeschlossen gegenüber. Als Ministerpräsident a. D. machte Filbinger seinen

39 CDU-Kongress Energie und Umwelt, Hannover, 10.–11. Oktober 1977, Plenum, Montag, 10. Oktober 1977, Begrüßung Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, in: ACDP 01-688-046/2.

40 Beitrag des Herrn Ministerpräsidenten für die aktuelle Debatte des Landtags am 9. Dezember 1977, Energiepolitik, in: ACDP 01-688-047/2.

41 Vgl. Klaus Hornung: Entscheidung für die Freiheitliche Demokratie – 25 Jahre Studienzentrum Weikersheim, in: Sepaintner (Hg.): Aus neun Jahrzehnten, S. 161–206, hier S. 175–178.

42 Hans Filbinger, Rede-Entwurf zur Einführung des Kongresses „Ist unsere Umwelt noch zu retten?“, [Ausarbeitung vom 24. November 1980], in: ACDP 01-688-348/1.

Einfluss geltend, um seiner Meinung nach wichtige Anliegen zu unterstützen. So etwa, wenn er 1981 bei der baden-württembergischen Landesregierung dafür eintrat, ein vor allem durch den Direktor des Instituts für chemische Pflanzenphysiologie der Universität Tübingen, Helmut Metzner, geplantes Institut zu errichten, welches sich mit der Umwandlung von Sonnenenergie in andere Energiearten befassen sollte, „wobei (...) als Fernziel die partielle Substitution der herkömmlichen Treibstoffe durch Methanol, das mittels Sonnenenergie erzeugt wurde, vor Augen steht“. Zwar zeigte sich Ministerpräsident Lothar Späth interessiert, wies aber unter Hinweis auf die Haushaltslage die Errichtung eines neuen Instituts zurück. Er halte die Überlegungen für „beachtlich, (...) wengleich derzeit wohl noch völlig offen ist, ob die damit verbundenen enormen technischen Probleme bewältigt werden können und ob auf diese Weise für den Alltag nutzbar gemachte Energie zu wirtschaftlich vertretbaren und konkurrenzfähigen Kosten bereit gestellt werden kann“. Späth sprach sich für eine personelle Verstärkung bestehender Institute an den Hochschulen aus.⁴³ Ebenso verwies das Ministerium für Wissenschaft und Kunst, welches Späth um Stellungnahme gebeten hatte, auf die Haushaltslage, die einer Institutsgründung im Wege stehe, aber auch auf Schwierigkeiten einer anderweitigen Finanzierung, etwas mittels eines Sonderforschungsbereichs oder eines Fraunhofer-Instituts. Schließlich hieß es: „Als erster Schritt ist deshalb eines Gesprächsrunde vorgesehen (...) bei der die auf den Gebieten von Bio- und Solarenergie arbeitenden baden-württembergischen Wissenschaftler und Unternehmen beteiligt werden.“⁴⁴

Trotz des dürftigen Ergebnisses der Bemühungen, welche ursprünglich auf eine Institutsgründung hinauslaufen sollten, und der Tatsache, dass Filbinger Metzner schließlich wohl etwas resigniert mitteilte, die Gesprächsrunde sei „vielleicht nicht der schlechteste Weg, um einen Einstieg zu finden“⁴⁵, zeigt sich doch hier Filbingers förderndes Interesse auch an Fragen einer alternativen Energieerzeugung. Offen bleibt, wie es um die Realisierung des Instituts unter einem Ministerpräsidenten Hans Filbinger bestellt gewesen wäre.

IV.

Hans Filbinger war ein leidenschaftlicher Bergwanderer und -kletterer.⁴⁶ Natürlich lässt sich daraus nicht zwingend eine Affinität des Politikers zu Umweltschutzthemen ableiten, aber eine schlechte Voraussetzung ist es sicher nicht.

43 Späth an Filbinger, 6. Mai 1981, in: ACDP 01-688-011/1.

44 Engler an Filbinger, 12. Mai 1981, ebd.

45 Filbinger an Metzner, 29. Mai 1981, ebd.

46 Vgl. z. B.: Martin Schliessler: Zusammen am Berg, in: Sepaintner (Hg.): Aus neun Jahrzehnten, S. 225–229.

Tatsache ist, dass Filbinger sich intensiv und mit großem persönlichen Engagement umweltpolitischen Fragestellungen widmete. Eine Reihe von Problemen kam auf ihn zu, die er bereits als – damals für Umweltschutzthemen zuständiger – Innenminister zu regeln hatte und die sich dann bis in seine Ministerpräsidentenzeit erstreckten, genannt seien der verunreinigte, vom „Umkippen“ bedrohte Bodensee oder die Öltrassenführung der Firma ENI. Auch das Problem der Einzel-Müllkippen harpte einer Lösung.

Es zeigt sich deutlich, dass Hans Filbinger, insbesondere als Ministerpräsident ab 1966, nicht lediglich reagierte, sondern programmatisch Stellung bezog und Probleme zukunftsweisend zu lösen bestrebt war, etwa durch die von ihm 1972 begründete, noch heute existente Bodenseekonferenz. Unter seiner Ministerpräsidentenschaft wurden die Umweltthemen in der Regierung gebündelt, eine Reihe von Einrichtungen und Foren wurde geschaffen. Dass er sich der drängenden Probleme bewusst war, bestätigt eine Vielzahl von Stellungnahmen, die mitunter so gar nicht dem heute gängigen Klischee eines konservativen CDU-Politikers der Bonner Republik entsprechen. Hans Filbinger ließ hier eindeutig Profil erkennen.

Brüche sind nicht festzustellen. Insgesamt gab sich Hans Filbinger optimistisch: Die Probleme waren erkannt, sie mussten gelöst werden, aber eine Lösung war zu finden. Das Ganze hatte pragmatisch zu geschehen, Weltuntergangsszenarien erteilte er stets eine klare Absage. Die These von den „Grenzen des Wachstums“ wies er zurück. Ebenso betrachtete er die Kernkraft als unabdingbar, sie war für ihn eine Energiequelle, die zwingend notwendig war und die es weiter zu erschließen galt.

Der Umweltschutz – und aus seiner Sicht gehörte die Kernenergie dazu – war ihm ein inneres Anliegen. Wenn er seine Vorreiterrolle und seine Erfolge in Sachen Umweltpolitik stolz herausstellte, dann handelte es sich um wesentlich mehr als um Wahlkampfrhetorik.